



„Mehr Geld ist immer gut, aber allein noch nicht genug!“ – Ein Kommentar

Senator Andy Grote hat für die Polizei Hamburg im Rahmen der Haushaltsaufstellung für die beiden kommenden Jahre unstrittig einen Erfolg verbuchen können. Angesichts der nachvollziehbaren Begehrlichkeiten anderer Bereiche des öffentlichen Dienstes (z. B. Bezirksämter) sprechen wir ihm ausdrücklich unsere Anerkennung aus. Keineswegs ist es aber so, dass nun Gewerkschaften Gefahr laufen, überflüssig zu werden.

Was ist zu tun?

Als GdP legen wir aber großen Wert darauf, dass das zusätzliche Geld klug und nachhaltig verwendet wird.

Dabei sind auch die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Einstellungsoffensive zu einem Erfolg zu machen. Nach wie vor weisen wir darauf hin, dass sich die Polizei Hamburg in einem sich weiter verschärfenden Konkurrenzkampf um geeignete Bewerber mit anderen Ländern/Bundespolizei und der Wirtschaft befindet. In Sachen Attraktivität verlieren wir den Anschluss. Daher halten wir an der Forderung nach der „zweigeteilten Laufbahn“ fest.

Man wusste bescheid

Erwähnenswert ist auch, dass die Personalnot der Hamburger Polizei nicht vom Himmel gefallen ist. Im Jahr 2007 wurden als Negativbeispiel ganze 57 Nachwuchskräfte im mittleren und 28 im gehobenen Dienst eingestellt. Insofern beklagen heute diejenigen die Situation, für die sie damals in Regierungsverantwortung sehenden Auges die Ursache gesetzt haben.

Um es klarzustellen: Wir begrüßen die avisierten zusätzlichen Neuein-

stellungen ausdrücklich – sagen aber auch, dass die Akademie der Polizei mit dieser zusätzlichen Aufgabe nicht alleingelassen werden darf. Das ist eine Aufgabe, die alle Organisationsbereiche der Hamburger Polizei betrifft, weil auch alle davon profitieren werden. Dabei rächt sich nun auch die faktische Aufspaltung der Hamburger Polizei, die sich nicht nur an dieser Stelle organisationsschädigend auswirkt.

Probleme sind lange bekannt

Ungeachtet dessen muss die Personalstruktur der Hamburger Polizei unter die Lupe genommen werden. Die Anzahl der Pensionierungen nach Erreichen der Altersgrenze sind bekannt. Es müssen aber auch der aufwachsende Teilzeitanteil und weitere objektiv feststellbare Fakten wie die Anzahl vorzeitiger Pensionierungen und Ruhestände, vorzeitige Beendigung der Ausbildung in die Personalbedarfsberechnung einfließen.

Damit könnte man strategisch eine Personalbedarfsplanung ins Leben rufen und müsste nicht erst dann handeln, wenn die Umstände es erzwingen.

Wir müssen auch wieder dahin, dass wir eine gesunde Personalstruktur hinbekommen – d. h. ganz einfach ausgedrückt, dass Berufsanfänger grundsätzlich „auf der Straße“ ihren Werdegang beginnen müssen. Damit würden wir auch lebensälteren Kolleginnen und Kollegen wieder andere Perspektiven als „nur“ den Schichtdienst eröffnen. Aber auch andere Rahmenbedingungen erfordern unsere gesamte gewerkschaftliche Aufmerksamkeit. Es ist schon einmal ein Erfolg, dass die DE 14 (Objektschutz) personell wieder aufgestockt werden soll. Es ist vollkommen klar, dass die aufwachsende Hinzuziehung der Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei zum Objektschutz ei-

nen tatsächlichen und spürbaren Präsenzverlust nach sich gezogen hat. Hier waren es neben gewerkschaftlichem Druck auch die Umstände, die ein „weiter so“ nicht mehr zuließen. Seit Jahren fordern wir auch die Erstellung eines „Berufsbildes AiP“ – daran halten wir fest, um auch hier die entsprechenden Berufsperspektiven zu schaffen, die aktuell faktisch nicht bestehen.

Es muss mehr erreicht werden

Im Hinblick auf die Beförderungsfragen stehen wir im engen Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen von ProBest, die auch nur im Rahmen ihrer politischen und rechtlichen Vorgaben agieren können. Die Beförderungsfrage ist im Wesentlichen eine Geldfrage – wie auch die Erhöhung der Erschwerniszulagen.

Insgesamt hängt aber alles mit allem zusammen. Man kann es sicherlich nicht jedem Recht machen – aber als Gewerkschaft der Polizei werden wir weiterhin konsequent unseren konstruktiven Beitrag dazu leisten, um die Zukunftsfähigkeit unserer Polizei Hamburg zu sichern. Als Landesvorsitzender der GdP habe ich anderen mehrfach die Zusammenarbeit in wichtigen Themenfeldern angeboten; leider bisher (Ausnahme Heilfürsorge) ohne Erfolg. Ich hoffe sehr, dass sich das ändert – denn es wird für uns alle notwendig sein.

**Gerhard Kirsch,
Landesvorsitzender der GdP Hamburg**



DIENST VOR ORT

„Heute Nacht auf dem 23/4: Osburg/Kirsch“

Wer sich mit gewerkschaftlichen Themen auseinandersetzen will, muss dafür auch das Ohr an der Basis haben. Im Tagesdienst in der DPV und wenn sich die Möglichkeit ergibt, zurück zu den Wurzeln.

Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP Hamburg, nutzte diese Chance und versah einen Nachtdienst zusammen mit Lars Osburg. Was zunächst mit Erstaunen der Kolleginnen und Kollegen aufgenommen wurde, änderte sich schnell in Neugier und dem Wunsch, mehr über die aktuelle Arbeit der GdP zu erfahren. Diese Gewerkschaftsarbeit, die von Kollegen für Kollegen gemacht wird, kam an der Basis an. Keine Freistellungen, alles im Ehrenamt.

Jörn Clasen



Besatzung des P. 23/4: Gerhard Kirsch und Lars Osburg



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclasen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hamburg haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Hamburg zu bewerben und herauszubringen.
Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de.
Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg



Erleben Sie eine Welt voll Exklusivität und Privatsphäre!



Während einer Kreuzfahrt mit der **MSC Preziosa** erleben Sie im Yacht Club einen exklusiven Reisegenuss und Luxus.

Luxuriös ausgestattete Suiten, ein exklusiver **24-Stunden Butlerservice**, All-inclusive-Mahlzeiten à la carte in einem **exklusiven Restaurant**, **unbegrenzte Getränke** in den MSC Yacht Club Bereichen und vieles mehr sind die Annehmlichkeiten einer Reise im Yacht Club.



Z.B. am 24.09.2017 reisen Sie ab Hamburg über Frankreich, Grossbritannien, Belgien und die Niederlande wieder nach Hamburg.

7 Nächte in der **Deluxe Suite des Yacht Clubs** kosten Sie **nur pro Person €1899,-**.



Sie wollen sich mal richtig verwöhnen lassen? Wir helfen Ihnen dabei.

Interesse?

Dann meldet euch schnell bei uns:

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg
Tel.: 040 / 28 08 96 23 Fax: 040 / 28 08 96 27
e-mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de



50 Neueinstellungen für den Objektschutz 2016/2017 vorgesehen!

Die Personalnot in der DE 14 und die daraus resultierende Einbindung der Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei in den Objektschutz hatten Ausmaße angenommen, die nicht mehr länger hinnehmbar waren.

Aktuell werden Kräfte bis zu einer Stärke eines ganzen Zuges (!) der DE 3 für den Objektschutz eingesetzt. Es fehlen in der DE 14 ca. 50 Objektschutzkräfte.

Nach unseren gesicherten Informationen laufen bereits die Vorbereitungen, um noch in diesem Jahr 25 und

im nächsten Jahr weitere 25 Tarifbeschäftigte einzustellen.

Zumindest ist eine Verbesserung der Situation zu erwarten – allerdings bleibt es unverständlich, warum nicht schon früher adäquat reagiert wurde.

Die Position der GdP

Dazu Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP:

„Die längst überfällige personelle Aufstockung des Objektschutzes bzw. der DE 14 nimmt endlich Formen an – besser später als nie. Die angekündigten Neueinstellungen

müssen nun auch so schnell wie es geht vorgenommen werden. Die bessere Vergütung und das damit verbundene und lange geforderte ‚Berufsbild AiP‘ sind ebenfalls endlich in Angriff zu nehmen. Es sah lange danach aus, dass man die DE 14 auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen der DE 3 und damit auf Kosten der Präsenz ‚ausbluten‘ lassen wollte. Jetzt redet keiner mehr von einer Einsparverpflichtung und dem Abbau von 70 Verwaltungsstellen (Tarif) – und das ist gut so. Unser ständiges Insistieren hat Wirkung gezeigt – aber eben auch die Realität, die diese Entwicklung erzwingt.“ **Jörn Clasen**

MEHR GELD FÜR DIE INNENBEHÖRDE

Auf die Details kommt es an!

Zunächst ist festzuhalten, dass der Innensenator Andy Grote dem Finanzsenator jährlich 17 bis 20 Millionen Euro zusätzlich abgerungen hat – das verdient Anerkennung.

Der erzeugte Druck sowie der reale Zustand der Hamburger Polizei machte ein sofortiges Handeln notwendig. Nun geht es darum, das Geld klug und nachhaltig für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Der Senator hat u. a. angekündigt:

- 300 zusätzliche Anwärter bis 2021,
- 200 Vollzugsbeamte aus „Verwaltungsstellen“ in den Vollzug,
- Einstellungen für den Objektschutz.

Position der GdP

Dazu Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP: „Mehr Geld für die Innenbehörde ist gut – wenn man dies auch im Vergleich zu anderen Behörden bewertet. Die Probleme liegen vielmehr im

Detail – denn wenn eine Schraube nicht funktioniert, läuft die ganze Maschine nicht. Mehr Einstellungen erfordern mehr Bewerber – und um diese zu bekommen, muss der Poli-

zeiberuf attraktiver werden. Die Akademie muss entsprechend personell und materiell darauf vorbereitet werden. Wir halten an der sog. zweigeteilten Laufbahn fest, um der freien Wirtschaft und den konkurrierenden Ländern die Stirn bieten zu können. 200 Vollzugsbeamte in der Verwaltung freizusetzen, halte ich nach den vorliegenden Erfahrungen mit der 100.er Liste für illusorisch – es sind ja auch keine Kolleginnen und Kollegen, die den ganzen Tag in der Nase bohren. Der Schwerpunkt all dessen, was nun gemacht wird, muss auf die Nachhaltigkeit gelegt werden. Ob Erschwerniszulage, Berufsperspektiven, Ausrüstungsfragen – all das gehört zusammen. Mindestens genauso wichtig ist es, dass wir uns wieder zu einer Polizei entwickeln – und dazu gehört, dass alle jungen Berufsanfänger ihre Karriere zunächst „auf der Straße“ beginnen – dies könnte man schon relativ kurzfristig hinkommen, denn machen wir uns nichts vor: Die katastrophale Personalsituation in den Schichten und anderen Bereichen bleibt uns nämlich vorerst erhalten. Deshalb haben wir zum Jubeln keine Zeit.“ **Der Landesbezirksvorstand**



ERSCHWERNISZULAGE

Lieber spät als gar nicht!

Während sich der Senat aufgrund einer „Basta“-Ankündigung zu den Erschwerniszulagen ohne jede Beteiligung der Gewerkschaften in Deckung begeben hat, ist der Polizeivizepräsident, Herr Brand, auf die GdP zugegangen.

In einem sehr offen geführten Gespräch, an dem PL/V, Herr Brand, DPVL/V, Herr Struve und PD Golz seitens der Polizeiführung und Andreas Schmidt und Gerhard Kirsch seitens der GdP teilnahmen, wurden nachstehende Punkte aus gewerkschaftlicher Sicht mit Nachdruck ausgesprochen.

Ausgangslage aus Sicht der GdP

Die bisher nicht erfolgte Beteiligung der Gewerkschaften, vor allem aber die Ankündigung des Senators, dass die Reform „so kommen wird“, hat die sachliche Diskussion um eine notwendige Novellierung deutlich erschwert – zum Teil sogar emotional vergiftet. Die Finanzierung seiner Ankündigung ist zudem längst nicht gesichert. Die Ausgrenzung anderer Bereiche des öffentlichen Dienstes (sowohl vom Senat – als auch von der CDU) waren schwere Versäumnisse – weil sie eine spaltende Wirkung entfalteten. Die Mitarbeiterbeteiligung in der Polizei ist grundsätzlich richtig – sie kam aber zu einem falschen und nicht nachvollziehbaren Zeitpunkt. Es gibt grundsätzlich zwei Alternativen: Das Reformvorhaben wird insgesamt beendet – was keiner wirklich will – oder wir finden gemeinsam einen Weg, um die mehr als notwendigen und deutlichen Verbesserungen für den Wechselschichtdienst zu erreichen.

Auffassungen und Forderungen der GdP

Die GdP will eine Reform der Erschwerniszulagenverordnung, weil diese zur Wertschätzung des Wechselschichtdienstes – und vor allem aus Gerechtigkeitsgründen – uner-

lässlich ist. Dabei ist klar, dass an dem Endziel 5 Euro/Std. festgehalten wird – klar ist aber auch, dass wir uns nicht in die eigene Tasche lügen oder den Kolleginnen und Kollegen etwas vorgaukeln wollen.



Zwingend geboten ist aus unserer Sicht:

a) Samstag-Spätdienste (13.00 Uhr bis 20.00 Uhr) sind weiter zu vergüten – und zwar im Mindesten analog zu Schleswig-Holstein mit 1,25 Euro/Std. (vgl. § 4 (2) Erschwerniszulagenverordnung SH). Eine Streichung dieser Zulage ist für uns ein absolutes „No Go“ und angesichts der Einsatzbelastungen (z. B. besondere Einsatzanlässe!) auch niemandem zu vermitteln.

b) Die Nach-/Weiterzahlung entsprechend geplanter Dienste oder als Durchschnittswert der letzten drei Monate bei qualifizierten Dienstunfällen ist einzuführen bzw. beizubehalten.

c) Entgangene DuZ durch AAH-Aufrufe sind zu kompensieren.

d) Gerade die Frage einer Zulage für geschlossene Einheiten ist vor dem Hintergrund ständig wechselnder Dienstzeiten – insbesondere am Wochenende – zu prüfen und umzusetzen.

e) Bei Einführung einer novellierten Erschwerniszulagenverordnung ist diese nach spätestens sechs Monaten zu evaluieren, um (Fehl-)Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und diese abzustellen.

f) Dynamisierung – die Erschwerniszulagen sind zukünftig an die Besoldungsentwicklung zu koppeln. Wir wollen keinen jahrzehntelangen Stillstand mehr!

Dazu Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP: „Politische Mandatsträger sind für die gegenwärtig verfahrenere Lage verantwortlich. Dieses Erkenntnis allein hilft uns aber nicht weiter. Es geht jetzt darum, die Lage in den Griff zu bekommen – dabei kann die Realität nicht ausgeblendet werden. Das ist bei den Einsätzen auf der Straße auch nicht anders. Von unserer 5-Euro/Std.-Forderung rücken wir keinen Millimeter ab. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass dies gegenwärtig nicht durchsetzbar erscheint. Wer etwas anderes behauptet, beleidigt die Intelligenz der Kolleginnen und Kollegen. Der neue Polizeivizepräsident hat mit seiner Initiative einen sehr wichtigen ersten Schritt gemacht. Wenn der Wechselschichtdienst finanziell attraktiver gestaltet werden soll, dann auch ehrlich und konsequent mit den Kollegen und nicht gegen sie. Der Senator sollte es sich aber nicht zu bequem machen. Er trägt die politische Verantwortung – und er wird zu dieser gezwungen, wenn er versucht, sich hinter anderen zu verstecken.“

Der Landesbezirksvorstand

TAUSCHGESUCH

Wer möchte nach NRW?

Beamtin mit Dienstgrad PK'in, Besoldung A 9 g. D., Besoldungsstufe 07, aus Nordrhein-Westfalen sucht Tauschpartner/-in in Hamburg.

Rückfragen an knippie@gmx.net



Auf einen „Pina Kohlada“ nach Tönning und Wesselburen

Heute laden wir Euch in den Nordwesten Schleswig-Holsteins ein. Die frische Nordseeluft trägt einen Hauch von Fernweh mit sich, unweit Ihrer deutschen Küstenlandschaft liegen die Orte Wesselburen und Tönning.

Hierhin verschlägt es Euch bei diesem Tagesausflug. Er beginnt mit einem leckeren Mittagessen im „Strandhotel Fernsicht“ in Tönning. Weiter geht es zum „Kohlosseum“ von Wesselburen. Hierbei handelt es sich um ein Informationszentrum, das dem vielseitig einsetzbaren Kraut gewidmet ist. Nach einer Besichtigung



der Krautfabrik könnt Ihr in aller Ruhe das Museum beäugen. Außerdem wartet noch der Bauernmarkt, neben dem Gemüse-Hauptdarsteller gibt es hier auch Spezialitäten aus der Region Dithmarschen zu erstehen. Anschließend habt Ihr Zeit zur freien Verfügung.

22. September 2016, 9 Uhr

Termin/Zeit/Abfahrt: Donnerstag, 22. 9. 2016, um 9 Uhr ab Hamburg Hbf., Kirchenallee.

12 Uhr Mittagessen im „Strandhotel Fernsicht“ in Tönning.

Kohlbüffet: Kohlsuppe, Kohlrouladen, Wirsing, Weißkohl, Rotkohl, Rosenkohl, Blumenkohl, Schichtkohl, Specksoße, Salzkartoffeln, Bratkartoffeln, Kartoffelpüree, Schweinebraten, diverse Salate, Matjes in verschiedenen Soßen, Wurst- und Käseplatten, Brot und Butter, drei verschiedene Desserts.

Gegen 13.30 Uhr folgt die Weiterfahrt nach Wesselburen.

14 Uhr: Besuch des „Kohlosseums“ in Wesselburen mit der begleiteten Besichtigung der Krautwerkstatt und der selbstgestalteten Erkundung des Kohlmuseums.

Ca. 16 Uhr: Zeit zur freien Verfügung.

Ca. 17 Uhr Rückfahrt.

Preis pro Person: 48 €.

Im Preis enthalten: Busfahrt, Mittagessen, Besichtigung der Krautwerkstatt im „Kohlosseum“ und des Museums.

Anmeldungen ab sofort in der Geschäftsstelle bei unseren Kolleginnen Petra Holst und Steffi Orgel unter der Telefon-Nummer 28 08 96-0.

Das Geld bitte nach Anmeldung auf unser Commerzbank-Konto überweisen;

Commerzbank IBAN: DE 68 3004 0000 0633 1342 00 unter dem Stichwort „Kohltour“.

Wir freuen uns auf Euch,

Euer Fachbereich Senioren

DURCHSETZUNG SCHMERZENGELDANSPRÜCHE!

GdP-Forderung erfüllt - Hamburg zieht nach!

Innensenator Andy Grote hat für die Forderung der GdP, die bereits am 30. 9. 2015 in einem Antrag der Regierungsfractionen in der Hamburgischen Bürgerschaft umgesetzt wurde, nun im Senat Zustimmung erhalten.

Bayern und Schleswig-Holstein übernehmen Schmerzensgeldansprüche – was macht Hamburg? – so titelten wir am 2. 9. 2015. Dazu damals der Landesvorsitzende der GdP, Gerhard Kirsch: „Die Regelungen in Bayern und Schleswig-Holstein haben Vorbildcharakter. In gesonderten Schreiben werde ich mich an die in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen wenden, um eine entsprechende

Regelung auch für Hamburg auf den Weg zu bringen. Kolleginnen und Kollegen, die in Ausübung ihres Dienstes angegriffen und verletzt werden, brauchen die sichtbare Solidarität des Staates – für den sie Tag für Tag den Kopf und ihren Körper hinhalten.“

Wenn zugesprochenes Schmerzensgeld für die im Dienst verletzten Beamtinnen und Beamten nicht vom Schädiger aufgebracht werden kann, geht der entsprechende Anspruch auf die Stadt über. Die offenbar noch immer zögerliche Anwendung der Adhäsionsverfahren durch die Gerichte ist aber noch ein Problempunkt, der aus Sicht der GdP gelöst werden muss.

Jörn Clasen

Anzeige

Notdienst der Glaser-Innung Hamburg
für alle Hamburger Bereiche

Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60

Firmenungebundene
Auftragsannahme



ZU GAST BEI DEN GDP-SENIOREN

Innensenator Andy Grote in der Mitgliederversammlung

Am 22. Juni war der neue Innensenator Andy Grote unserer Einladung in die Mitgliederversammlung der Senioren gefolgt. Obwohl die Mitgliederversammlung aus terminlichen Gründen des Innensensors um eine Woche verschoben werden musste, waren unsere Senioren zahlreich erschienen und warteten gespannt auf den Vortrag mit anschließender Fragerunde.



Deutliche Worte auf der Mitgliederversammlung: Andy Grote, Senator für Inneres und Sport

Zunächst begrüßte Klaus-Peter Leiste den Senator, dann sprach unser Landesvorsitzender Gerhard Kirsch kurz einen aktuellen Artikel aus dem Hamburger Abendblatt an. Hierzu betonte er, dass die derzeitige Personalnot nicht dem neuen Senator anzulasten ist, aber dringend etwas getan werden müsse.

In seinem Referat ging der Innensenator Andy Grote dann u. a. auf die Belastungen in der Polizei, die Arbeitsverdichtung und die Personalmisere ein, stellte jedoch klar, dass sich die Hamburger Polizei als eine professionelle und leistungsbereite Polizei zeigt.

In einer wachsenden Stadt wie Hamburg verändern sich die Aufgaben, die Herausforderungen werden größer. Es finden mehr Straftaten im öffentlichen Raum statt, die Täter sind mobiler. Deshalb ist stets zu prüfen, ob die Belastungen strukturelle oder temporäre Ursachen haben und ob noch ausreichende Ressourcen vorhanden sind.

Inzwischen ist auch in der Politik ein Umdenken erfolgt. Nachdem zunächst sogar ein Stellenabbau geplant war, hat man 2011 umgesteuert und zumindest auf Bestandserhalt geachtet. Abgänge sollten mit Erhöhung der Ausbildungszahlen kompensiert werden.

Derzeit ist eine schrittweise Erhöhung auf 450 Neueinstellungen, evtl. sogar Verdoppelung der Einstellungszahlen, geplant. Der Vollzug muss gestärkt werden um die Besetzung der Schichten an den Wachen wieder hinzukriegen. In der Verwaltung befindliche Vollzugsstellen sind sukzessive in den Vollzug zurückzusteuern.

Als eine Herausforderung stellte

der Senator den anstehenden G20-Gipfel Anfang Juli in Hamburg dar. Hierzu werden zahlreiche Regierungschefs erwartet, die einen hohen Sicherheitsaufwand erfordern. Es besteht mehr öffentliches Interesse. Unterstützung aus anderen Bundesländern ist zugesagt, aber die Verantwortung liegt hier.

Auch zur Konferenz der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, am 8./9. Dezember 2016, werden über 3000 Delegierte erwartet und benötigen ein gutes Sicherheitskonzept.

Herr Senator Grote äußerte sich auch zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Dieses wurde z. B. in der letzten Innenministerkonferenz erörtert und dazu ein Paket möglicher Maßnah-

men hineingegeben, wie die Forderung einer Mindeststrafe für derartige Gewalttäter. Außerdem sollte der Schutzkreis der Vollzugsbeamten auch auf den Kreis öffentlicher Bedienstete erweitert werden, wie z. B. Angestellte in Jobcentern, die ebenfalls schon tätlichen Angriffen ausgesetzt waren.

Der Bund arbeitet hierzu an einer Kampagne „Respekt und Achtung vor den Sicherheitskräften“.

Nun war noch Gelegenheit, dem Senator Fragen zu stellen, was die Senioren gern in Anspruch nahmen.

Anschließend folgten durch Klaus-Peter Leiste gewerkschaftliche Themen. Hier ging es um die letzte Infoveranstaltung zur Beihilfe und dem anstehenden „Internationalen Tag der älteren Menschen“ am 30. September 2016 mit seinen Veranstaltungen.

Des Weiteren ist am 22.9.2016 eine „Kohlfahrt“ mit dem Bus nach Dithmarschen geplant, Anmeldungen nimmt die GdP-Geschäftsstelle entgegen.

Es war insgesamt wieder ein interessanter Nachmittag, allerdings ist jetzt Sommerpause und wir sehen uns dann hoffentlich am 13. September 2016 in der nächsten Mitgliederversammlung.

**Gundula Thiele-Heckel,
Seniorenvorstand**

ANKÜNDIGUNG

Mitgliederversammlung

Der GdP-Fachbereichsvorstand Senioren möchte zu unserer ersten Mitgliederversammlung nach der Sommerpause alle Mitglieder

am 13. September um 15 Uhr

in die Kantine des Polizeipräsidiums herzlich einladen. Zu dieser Versammlung haben wir den Gewerkschafter, Publizisten und Soziologen Dr. Joachim Bischoff eingeladen, der zum Thema „Rechtspopulismus in

Europa – ernste Gefahr auch für Deutschland?“ referieren wird. Dr. Joachim Bischoff hat unter anderem das Buch „europas rechte – das konzept des modernisierten rechtspopulismus“ (als Mitautor) geschrieben und einen sehr guten Vortrag zum o. g. Thema im DGB-Haus am 16. Juni 2016 vor den DGB-Senioren gehalten. Wir freuen uns, dass wir Joachim Bischoff auch für die GdP-Senioren gewinnen konnten.

Klaus-Peter Leiste



Anzeige



Am besten heute alles
regeln – am besten GBI
Tel. 040 - 24 84 00

Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer
sicher – auch bei meinem
Finale auf Erden. Komme,
was wolle: Alles ist jetzt
in besten Händen.



GBI
GroShamburger
Bestattungsinstitut rV

